

Tannus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis viertel-
jährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitzeile 20 Pfennig
für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite
Reklame-Zeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.
Kursenachweis und Angebotgebühren 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten,
durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Samstag

8

Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird hinsichtlich der
gerichtlicher Beilegung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark.
Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-
spätestens 9½ Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen
sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird
tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 22 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Das amtliche Wahlergebnis der deutschen Nationalversammlung.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur deutschen Na-
tionalversammlung liegt nach den abschließenden Feststel-
lungen der Wahlkommissionen jetzt vor. Es erhielten an
Ersten die Deutschnationalen Volkspartei einschließlich der
Bayerischen Mittelpartei, der Nationalliberalen Partei in
Bayern, der Württembergischen Bürgerpartei und des Würt-
tembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes 42, die
Deutsche Volkspartei 21, die Christliche Volkspartei (Zentr.)
einschließlich der Bayerischen Volkspartei und der Katholischen
Volkspartei Opperl 88, die Deutsche demokratische Partei
einschließlich der Deutschen Volkspartei in Bayern 75, die
Sozialdemokratische Partei 163, die Unabhängige sozial-
demokratische Partei 22, der Bayerische Bauernbund 4,
die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemo-
kratie 1, der Braunschweigische Landeswahlverband 1, die
Deutschhannoversche Partei 4, zusammen: 421.

Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen. Eine sozialdemokratische Mehrheit.

Aus Dresden wird berichtet: Das Ergebnis der Wahlen
zur sächsischen Volkskammer ist folgendes: 40 Sozialdemo-
kraten, 21 Demokraten, 15 Unabhängige, 5 Deutsche Volks-
partei, 14 Deutschnationalen, 1 Zentrum.

Waldiger Friedensschluß?

Aus Rotterdam wird berichtet: „Dem Neuen Rotter-
damer Courant“ zufolge schreibt der Londoner Korrespon-
dent des „Manchester Guardian“, es bestiehe Grund zu der
Annahme, daß die Alliierten mit größerer Eile auf den Ab-
schluß eines vorläufigen Friedens mit Deutschland hinarbei-
ten und bereit seien, viel weiter zu gehen, als bisher ange-
nommen wurde. Er vernehme aus guter Quelle, daß jetzt
gehört werde, daß der vorläufige Friedensvertrag inner-
halb sechs Wochen unterzeichnet sein würde.

Lebensmittel und Rohstoffe.

Berlin, 4. Febr. Wie die Waffenstillstandskommission
berichtet, hat das Oberkommando der Alliierten am 31. Ja-
nuar in Spa eine Note überreichen lassen, in der im Zu-
sammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands
verschiedene Angaben finanzieller Art von der deutschen
Regierung verlangt werden. So sollen der Rassenbestand
der Reichsbank und ihre Bestände an Auslandswährungen und
Wertpapieren angegeben werden, die an neutralen Plätzen
deponiert werden können; ebenso werden Angaben ge-
fordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte
neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken und son-
stiger Institute und von Privatpersonen befinden; ferner
soll berichtet werden, welche gesetzliche Machtbefugnis die
gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deut-
scher Staatsangehöriger in Depots, Wertpapieren und
anderen Werten in Deutschland und in den neutralen Län-
dern zu liquidieren. Daran anschließend soll eine Aufstel-
lung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutsch-
land für eine sofortige Ausfuhr vorrätig sind, die Billigung
der alliierten Regierungen bereit stehen. Die Note betont,
daß alle technischen Aufklärungen über diese Punkte mög-
lichst schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten
Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen
Erfahren um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen
nachkommen könnten.

Die Spartakusgefahr.

Ein neuer Ordnungszerfall der Regierung.
Nach dem „Vorwärts“ bereitet die Regierung einen Er-
laß vor, nach dem gewaltsame Erhebungen gegen die fried-
liche Ordnung erschlossen niedergehalten werden und zu
diesem Zweck geeignete Truppen zur Verfügung stehen.

Der Bürgerkrieg in Bremen.

Bremen, 4. Febr. (W. B.) Bereits im Laufe des
gestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorposten-
gefechte im Landgebiet und am Rande der Stadt an Um-
fang zu. Es kam zu lebhaften Kämpfen, in denen laut Mit-
teilung der Stadtkommandantur sieben Tote auf Seiten der
Bremser Arbeiterschaft und zwölf Tote auf Seiten der Di-
vision Giesenberg gezählt wurden. Die Zahl der Ver-
wundeten soll auf beiden Seiten etwa 40 betragen. Mit
dem frühen Morgen setzte der Angriff mit allen Mitteln mo-
dernster Kriegstechnik ein. Die Arbeiterschaft verteidigte sich

hartnäckig. In den Nachmittagsstunden wurde der Kampf
von den Arbeitstruppen als aussichtslos eingestellt und der
Rückzug in die Gegend von Gröpelingen angetreten. Ein-
zelne Truppen verteidigten sich noch immer todesmutig im
Inneren der Stadt und an den Brückenübergängen. Ver-
handlungen wurden angestrebt. Um 4 Uhr setzte das Bom-
bardement in aller Stärke wieder ein. Um 6 Uhr drangen
die Regierungstruppen in die Stadt ein und haben den
Marktplatz, das Rathaus und die Börse besetzt.

Proteststreik der Beamten in Wesel.

Als Protest gegen die in Wesel vorgenommene Beauf-
sichtigung der Beamten durch die Sportfischen ist die gesamte
Beamenschaft in den Ausstand getreten. Die Sportfische-
leute erklärten, daß sie im Falle feindseliger Handlungen
gemeinschaftlich mit Hamborn die Gaszufuhr sperren und
die Kohlenzüge verhindern würden.

Die Kohlennot im Innern.

Der Reichskommissar, Geheimrat Stuh, hat einem Ver-
treter der „B. Z.“ den Stand der Kohlenfrage eingehend
geschildert. Die gegenwärtige Förderung im Ruhrgebiet
beträgt zwischen 9—10 000 Tonnen pro Tag, gegen 34 000
Tonnen im Frieden und 21 000 Tonnen während des
Krieges. Angefordert wurden täglich zum Abtransport
2100 Wagen. Gestellt wurden nur 1000, die anderen fehl-
ten. Im Januar 1918 verfügte das Ruhrgebiet über eine
Kohlenreserve von 3 Millionen Tonnen. Gegenwärtig ist
überhaupt keine Reserve vorhanden. In Oberschlesien be-
trägt die tägliche Förderung 2000 Wagen gegen 14 000 im
Frieden und 11 000 im Kriege. Auch hier ist die Wagen-
stellung nicht hinreichend. Die Reserven sind sehr gering.
Sie betragen 28 000 Tonnen. Das Saarland und Hallenser
Gebiet kommen nicht wesentlich in Frage. Die Eisenbahnen
sind mit Kohlen sehr schlecht versorgt. Ebenso ungünstig ist
die Versorgung der Elektrizitätswerke im ganzen Reich.
Eine große Reihe von Ueberlandzentralen stehen still. Nicht
viel besser ist es mit den Gasanstalten bestellt. Der Haus-
brand ist noch leidlich. Die Elektrizitätswerke haben durch-
schnittlich noch für 10 Tage Kohlen.

Die frühere Königin von Bayern.

Aus München, 3. Februar, wird berichtet: Die frühere
Königin Marie Theresie von Bayern ist heute Abend 6.45
Uhr auf Schloß Wilhelmsburg sanft verschieden.

Die Königin Marie Theresie war eine geborene Erz-
herzogin von Oesterreich-Este. Am 2. Juli dieses Jahres
würde sie ihr siebenzigstes Lebensjahr vollendet haben. Ihre
Vermählung mit dem damaligen Prinzen Ludwig fand am
20. Februar 1868 in Wien statt.

Arbeiter und Angestellte!

Die Handelskammer zu Wiesbaden als die berufene Ver-
treterin nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch in gleicher
Weise von euch Arbeitnehmern, ruft euch die ernste Mahnung
zu:

„Haltet ein, was ihr jetzt tut, führt nicht zum Glück, sondern
in den Abgrund.“

Im Frieden bereitede uns das Ausland um das einträch-
tige und vertrauensvolle Zusammenwirken der Unternehmer,
Arbeiter und Angestellten und den dadurch in erster Linie
mit hervorgerufenen beispiellosen raschen Aufstieg des deut-
schen Wirtschaftslebens zum Wohle des ganzen deutschen
Volkes und nicht zum wenigsten der Arbeitnehmer. Und
jetzt? Wollt ihr wirklich unser Wirtschaftsleben zugrunde
richten helfen? Seht ihr nicht, wohin wir treiben?

Das Hauptbedenken, das uns geblieben ist, ist unsere
Arbeitskraft. Nur wenn wir von ihr vollen Gebrauch
machen, können wir uns retten. Wenn nicht gearbeitet oder
wenn lässig gearbeitet wird, fehlen die Rohlen und Roh-
stoffe für die Landwirtschaft. Und dann werden wir an
den wichtigsten Lebensmitteln, an der notwendigsten Klei-
dung Mangel leiden.

Wenn ihr jetzt beinahe täglich eure Forderungen heraus-
schraubt, erlangt ihr vielleicht vorübergehend Gewinn, aber
ihr legt den Grundstein für Jahrzehnte des Hungers und
des Elends. Denn

wie wirken übersteigerte Löhne?

Sie verteuern euer Brot, euer Hemd, euren Rock, sie ent-
werten das Geld. Der Verbraucher hat den Schaden, und
ihr seid die Mehrheit der Verbraucher. Die jetzigen For-

derungen für Löhne und Gehälter übersteigen um ein Mehr-
faches die Erträge der Unternehmungen, die daran zu-
grunde gehen müssen. Sind aber die Unternehmungen nicht
imstande, weiter zu arbeiten, dann werdet ihr brotlos.

Jedem Arbeiter gebührt ein angemessener Lohn. Aber
ist denn die jetzige Zeit der Arbeitslosigkeit, des Stillstandes
vieler Fabriken, der Absperrung Deutschlands vom Welt-
markt zur Geltendmachung immer größerer Ansprüche ge-
eignet? Wenn ihr zu wenig arbeitet oder übertriebene
Löhne fordert, so ist ein Wettbewerb mit dem Ausland un-
möglich. Wir müssen aber Milliardenwerte nach dem Aus-
land ausführen können, um unsere unentbehrliche Einfuhr
zu bezahlen.

Arbeiter und Angestellte, haltet ein auf dem falschen
Wege! Werdet euch eurer Verantwortung bewußt, ehe alles
zertrümmert, ehe es zu spät ist! Der Geist der neuen Zeit
bürgt dafür, daß berechnete Wünsche anerkannt werden.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 8. Febr. Das Amtsblatt der Preussischen
Regierung zu Wiesbaden vom 1. 2. 19, Nr. 5 veröffentlicht:
„Die Wiederwahl des Bürgermeisters Jacobs zu
Königstein im Taunus auf weitere zwölf Jahre ist von
mir bestätigt worden.“

Wiesbaden, 31. 1. 19.

Der Regierungs-Präsident.

* Zur Warnung. Weil sie im Besitz neuerer Nummern
einer Frankfurter Zeitung gewesen, wurde eine Frau aus
Egelsbach von der französischen Behörde in eine Geldstrafe
von 800 M. genommen. — Laut Entscheidung der Militär-
Administration des Kreises Mainz wurde ein Einwohner
von Mainz mit drei Tagen Gefängnis und 200 M. Buße
bestraft, weil er einen Brief aus dem nicht besetzten Gebiet
weiterbefördert hat.

* Für Fuhrwerksbesitzer. Bei der Firma Karl David
Söhne in Frankfurt a. M., Weferstraße 3, lagern noch eine
größere Anzahl Siedengeschirre, welche an die Landwirtschaft,
Handel, Gewerbe und Industrie abgegeben werden können.
Der Preis stellt sich je nach der Größe auf 95—206.50 M.
das Stück. Die Abgabe erfolgt auf Grund einer Bescheinigung
der Ortsbehörde über die Notwendigkeit der Anschaffung.

* Falsche Fünzigmarktscheine sind, wie wiederholt
hervorgehoben sei, in größerer Zahl im Umlauf, als viel-
leicht angenommen wird. Die Nachahmung ist aber der-
art fehlerhaft, daß die unechten Scheine bei einiger
Aufmerksamkeit leicht von den echten unterschieden werden
können. In dem Ausdruck der Vorderseite der falschen
Noten heißt es nämlich: „Fünzig Mark zahlt die Reichs-
hauptkasse Berlin usw.“, während der Wortlaut auf den
echten Noten noch das Wortchen „in“ („Reichsbankhaupt-
kassen in Berlin“) enthält.

Familie Friedberg in der Nationalversammlung. Daß
zwei Mitglieder derselben Familie einem Parlament an-
gehören, ist schon öfter vorgekommen. Wir erinnern an
die beiden Zwillingbrüder Konrad und Friedrich Hau-
mann, die lange Jahre dem Reichstag und dem württem-
bergischen Landtag gleichzeitig angehörten, an den Zentrums-
führer Dr. Spahn, der kurze Zeit die Freude hatte, seinen
Sohn, den Professor Martin Spahn, als Fraktionsge-
nossen zu sehen. Die Wahlen zur preussischen National-
versammlung haben aber den eigenartigen Fall gezeigt,
daß drei Familienangehörige, und zwar Vater, Tochter
und Schwiegersohn, an einem Tag gewählt wurden,
nämlich Staatsminister Dr. Robert Friedberg in Potsdam,
seine Tochter Charlotte Garnich in Teltow-Beeskow und
deren Ehemann Geheimrat Hugo Garnich in Berlin.
Während Dr. Friedberg von der deutschen demokratischen
Partei gewählt wurde, kandidierte das Ehepaar Garnich
für die Deutsche Volkspartei.

* Erweiterung der Freiliste für Wolstoffe. Wie der
„Konfektionär“ zu melden weiß, hat die Reichsbefleidi-
gungsstelle eine abermalige Erweiterung der Freiliste beschloffen.
Vom 2. Februar ab dürfen ohne Begugschein verkauft wer-
den: Stoffe in Wolle, Halbwolle oder Kunstwolle, die ein-
schließlich 130 Zentimeter breit sind, Flauschstoffe und Plüshe
jeder Breite. Kleider, Mäntel, Röcke, Umhänge, Morgen-
röcke, Jacken und Blusen aus Wolle, Halbwolle oder Kunst-
wolle für Frauen und Mädchen.

gottesdienst. (Der Pfarrer Horn.)